



Gericht stuft Google als Monopol im Online-Werbemarkt ein

Ein US-Richter hat entschieden, dass Google illegale Monopolstellungen im Online-Werbemarkt aufgebaut hat. Diese wegweisende Entscheidung könnte weitreichende Auswirkungen auf das digitale Geschäftsmodell des Unternehmens haben.

Ein Bundesrichter in Virginia hat entschieden, dass Google illegal „Monopolmacht“ im Bereich der Web-Werbung aufgebaut hat. Diese Entscheidung stärkt die Position des Justizministeriums in einem wegweisenden Fall gegen den Technologieriesen, der die grundlegenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb moderner Websites neu gestalten könnte.

Wichtige Entscheidung im Antitrust-Fall

Das Urteil, dass Google gegen Antitrust-Gesetze verstoßen hat, stellt den zweiten bedeutenden Gerichtssieg der US-Regierung über Google innerhalb von weniger als einem Jahr dar. Zuvor gab es bereits Behauptungen, dass das Unternehmen illegale Monopolstellungen in entscheidenden Bereichen des Internet-Ökosystems, unter anderem bei der **online Suche**, aufgebaut hat. Es ist bereits die dritte solche Entscheidung, seit eine Jury im Dezember 2023 feststellte, dass der **eigenständige App-Store von Google** ebenfalls ein illegales Monopol ist.

Umfangreiche Auswirkungen auf Googles Geschäftsmodell

Die drei Entscheidungen verdeutlichen die Vielzahl der

Probleme, mit denen Google konfrontiert ist, und eröffnen die Möglichkeit erheblichen Strafen, die verschiedene Aspekte seines Geschäftsmodells beeinflussen könnten. Es ist jedoch zu erwarten, dass die laufenden und voraussichtlich anstehenden Berufungen Jahre in Anspruch nehmen werden.

Details zur Entscheidung von Richterin Brinkema

Die Entscheidung der Bundesrichterin Leonie Brinkema des US-Gerichtsbezirks für den östlichen Teil von Virginia betrifft den 31 Milliarden Dollar schweren Teil von Googles Werbegeschäft, der Website-Publisher mit Werbetreibenden zusammenbringt. Diese „Technologie-Stacks“ bestimmen, welche Banneranzeigen auf zahllosen Websites im Internet angezeigt werden.

Stellungnahme von Google und den Behörden

Die Klage des Justizministeriums folgte auf jahrelange Kritik an der umfassenden Rolle von Google im digitalen Ökosystem, das Werbetreibenden die Platzierung von Anzeigen ermöglicht und Publishern Ad Space zur Verfügung stellt. Richterin Brinkema unterstützte die Argumentation des Justizministeriums, dass Google durch die Verknüpfung seines Anzeigenservers mit der Publisher-Werbeplattform seine Monopolmacht in diesen beiden Märkten etablieren und schützen konnte.

Google erklärte, dass die Gerichtshofentscheidung zur Hälfte zu seinen Gunsten ausgefallen sei. Lee-Anne Mulholland, die Vizepräsidentin für Regulatory Affairs, äußerte, dass die Werkzeuge für Werbetreibende und die Akquisitionen, wie zum Beispiel DoubleClick, keinen Schaden für den Wettbewerb darstellen. Sie betonte, dass Publisher viele Optionen hinsichtlich ihrer Werbetechnologien haben und Google deshalb wählen, weil die Tools einfach, kostengünstig und effektiv sind.

Reaktionen und Zukunftsausblick

Die Entscheidung könnte Google zur Abgabe eines Teils seines Online-Werbegeschäfts zwingen. William Kovacic, Professor für Wettbewerbsrecht an der George Washington University, merkte an, dass die Tatsache, dass die Regierung nicht bei all ihren Ansprüchen gewonnen hat, diese Möglichkeit weniger wahrscheinlich macht.

Nach Ansicht von Kovacic könnte Google jedoch mit Maßnahmen konfrontiert werden, die dessen Geschäftspraktiken betreffen, was für das Unternehmen ungünstig wäre. Unterdessen begrüßten einige Technologie-Kritiker und Medienorganisationen das Urteil als bedeutenden Fortschritt im Kampf gegen monopolartige Strukturen von Tech-Giganten wie Google.

Senatorin Elizabeth Warren erklärte, dass dieses Urteil ein wichtiger Sieg im Bestreben sei, große Technologieunternehmen zu zerschlagen und das Ergebnis jahrelanger Anstrengungen reflektiere, den Missbrauch durch Technikunternehmen einzudämmen.

Diese Entscheidung ist Teil einer umfassenderen Initiative von Regulierungsbehörden, die darauf abzielt, die Macht großer Technologiefirmen zu überprüfen, einschließlich Apple, Meta und Amazon. Kovacic sieht in dieser Entscheidung auch einen Impuls für globale Bemühungen, gegen Google und andere Technologieriesen vorzugehen und ihnen das Vertrauen zu geben, weiter voranzuschreiten.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at